

„Black Lives Matter“ heißt die „neue“ afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung in den USA. Woher kommt diese Bewegung und in welchem Verhältnis steht sie zur „alten“ Bürgerrechtsbewegung?



Ein Beitrag von

Dr. Florian Pfeil

Geschäftsführer des Weiterbildungszentrums Ingelheim

Leiter der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung

E-Mail: f.pfeil@wbz-ingelheim.de

„I’ve Seen The Promised Land“. Black Lives Matter und das Erbe der US-Bürgerrechtsbewegung¹

1 Ausgangspunkt: Being Black in America

Der 7. November 2020 brachte nach einem Stimmauszählungsverfahren, das die New York Times vor allem im Bundesstaat Georgia als „nail-biting“ bezeichnete (NY TIMES 2020), endlich ein belastbares Ergebnis der US-Präsidentschaftswahl vom 3. November. Mit den 20 Stimmen Pennsylvanias im Electoral College sowie Siegen in Arizona und Nevada stand nun letztlich

¹ Erstveröffentlichung in: Volker Wilhelmi/Elmar Theveßen/Florian Pfeil (Hrsg.): Die USA am Wendepunkt – Geographische Perspektiven. Mainz 2021: S. 34-46 (= Mainzer Kontaktstudium Geographie, Bd. 19).

sogar eine klare Mehrheit für den demokratischen Herausforderer Joe Biden gegen den republikanischen Amtsinhaber Donald Trump im Electoral College fest. Einige Tage später zeigte sich sogar ein wenn auch hauchdünner Sieg im bislang klar republikanischen „Deep South“-Staat Georgia ab, der erste eines demokratischen Kandidaten seit 28 Jahren.

Im sogenannten „Popular Vote“, der Gesamtzahl der Stimmen bundesweit, hatte Biden ohnehin mehr Stimmen erreicht als jemals ein Kandidat vor ihm. Begleiterscheinung von Bidens Sieg: seine „Running Mate“, die Senatorin Kamala Harris, wird als erste Frau Vizepräsidentin der USA. Zugleich wird die Tochter einer indischen Tamilin und eines Jamaikaners dann erste „Person of Color“ (PoC) in diesem Amt sein. Einen schwarzen² US-Präsidenten gab es mit Trumps Vorgänger Barack Obama gleichwohl schon. Auch wenn es sicherlich noch lange nicht „normal“ ist, stehen Obama und Harris als Beweis dafür, dass auch PoC unterdessen in den USA in höchste Staatsämter gewählt werden können.

Sind die USA also mittlerweile „postethnisch“, wie es in den 2000er Jahren immer wieder postuliert wurde (z.B. HOLLINGER 2000), oder „farbenblind“ in jenem soziologischen Sinn, den etwa die US-Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre anstrebte? Ziel der Bewegung war „racial equality“. In seiner berühmtesten Rede, der Rede über seinen amerikanischen Traum am 28. August 1963, rief Martin Luther King jr. aus: „I have a dream that my four little children will one day live in a nation where they will not be judged by the color of their skin but by the content of their character.“ (KING 1963). Der Civil Rights Act von 1964, einer der größten Erfolge der Bürgerrechtsbewegung um King, sollte endlich Gleichheit und damit die erhoffte Farbenblindheit bringen.

² Die Begriffe „schwarz“ und „weiß“ in Bezug auf Hautfarben sowie Gruppen von Menschen, die über ihre Hautfarbe definiert werden, werden in diesem Text ebenso wie der Begriff „Rasse“ nicht in einem biologistischen Sinne verstanden, sondern als soziale Konstrukte. Dass es „Menschenrassen“ im biologischen Sinne nicht gibt, verhindert eben nicht, dass sie als soziale Konstrukte Wirksamkeit entfalten.



„If you're black, you were born in jail“

3

In den 1970ern wurde daher eine „postrassistische“ Gesellschaft postuliert, in der jede*r Chancengleichheit haben sollte – unabhängig von Hautfarbe oder Herkunft. Doch die Wirklichkeit sah und sieht anders aus, wie etwa der US-Historiker Ibram X. Kendi betont, der das Konzept der „colorblindness“ sogar als „die bislang rassistischste Idee überhaupt“ bezeichnet, „weil es behauptet, es gebe in Amerika keinen Rassismus mehr, während die Ungleichheit allgegenwärtig ist. Wenn es also nicht am Rassismus liegt, dass dem so ist, woran liegt es wohl dann? An den Schwarzen! So gedeihen unter dem Deckmantel des ‚Postrassismus‘ alte Vorurteile, während Antirassisten als Rassisten dastehen, welche die Welt noch immer entlang von Hautfarben betrachten“ (KENDI 2017).

Schon Martin Luther King hatte sich später in seinem Leben ausgehend von der Rassenfrage auch der Klassenfrage zugewandt: Was nützt die Gleichheit vor dem Gesetz denjenigen, die ohnehin zu arm sind, um ihre Rechte in Anspruch nehmen zu können? Trotzdem endete King seine letzte Rede am 3. April 1968 in Memphis, einen Tag vor seiner Ermordung, optimistisch, wenn nicht für sich selbst, so doch für die schwarze Bevölkerung: „I've seen the promised land. I may not get there with you. But I want you to know tonight, that we, as a people, will get to the promised land!“ (KING 1968).

Deutlich weniger optimistisch bezüglich der Hoffnungen auf Gleichheit äußerte sich bereits 1964 Malcolm X: „When we open our eyes today and look around America, we see America not through the eyes of someone who has enjoyed the fruits of Americanism. We see America through the eyes of someone who has been the victim of Americanism. We don't see any American dream. We've experienced only the American nightmare. We haven't benefited from America's democracy. We've only suffered from America's hypocrisy. And the generation that's coming up now can see it. And are not afraid to say it. If you go to jail, so what? If you're black, you were born in jail“ (MALCOLM X 1964).

Von der Sklaverei zur Segregation

Das „Gefängnis“, in das man gemäß Malcolm X als schwarzer Mensch in den USA hineingeboren ist, wurde über Jahrhunderte erbaut. Bereits 1619 waren erste afrikanische Menschen nach Jamestown, Virginia, in die britischen Kolonien Nordamerikas gebracht worden. Eine Reihe von Maßnahmen der verschiedenen Kolonien erschwerte ihre Lebensbedingungen rasch. Maryland verbot 1664 als erste Kolonie Mischehen. Virginia erlaubte 1669 ausdrücklich die Tötung von widersetzlichen Sklaven. Ebenso erlaubt wurde ihre Verstümmelung, Brandzeichnung, Schläge, Pranger und Auspeitschen. Auch nach der Unabhängigkeit der neu gegründeten USA von der britischen Kolonialmacht verbesserte sich das Los der afroamerikanischen Sklav*innen keineswegs. Ein Kompromiss von 1787 zwischen den Südstaaten und den Nordstaaten legte bei der Entscheidung über die Sitzzuteilung im Repräsentantenhaus und über die Höhe der Steuern fest, dass drei von fünf Sklav*innen mitgezählt werden sollten. Durch diese sogenannte „Drei-Fünftel-Klausel“ erhielten die deutlich mehr Sklaven haltenden Südstaaten etwa ein Drittel mehr Abgeordnete und Wahlmänner für die Wahl des Präsidenten. Ein Stimmrecht für die Sklav*innen war selbstverständlich nicht vorgesehen. Diese Charakterisierung als „Drei-Fünftel-Menschen“ wurde und wird von vielen afroamerikanischen Menschen als tiefe Demütigung verstanden. 1790 legte der Naturalization Act fest, dass nur „free white persons of good character“ Staatsbürger*innen der USA werden können. 1857 bestätigte der Supreme Court die Geltung dieses Gesetzes und entschied im Fall Dred Scott vs. Sandford, dass Schwarze – egal ob Sklav*innen oder nicht – niemals Bürger*innen der USA werden dürfen und dass die Abschaffung der Sklaverei durch den Kongress eine verfassungswidrige Ent-eignung wäre.

Tatsächlich bedurfte es erst der politischen Eskalation zwischen Nord- und Südstaaten, des Amtsantrittes von Präsident Abraham Lincoln und des Bürgerkriegs von 1861-1865, um die Sklav*innen zu befreien: Der 13. Verfassungszusatz von 1865 beendete die Sklaverei in den USA, der 14. Verfassungszusatz von 1869 gab 4 Millionen Afroamerikaner*innen die Staatsbürgerschaft und der 15. Verfassungszusatz von 1870 räumte männlichen Afroamerikanern das

Wahlrecht ein – das Frauenwahlrecht setzte sich unabhängig von der Hautfarbe jedoch noch nicht durch.

Doch trotz dieser verfassungsrechtlichen Fortschritte in der Emanzipationsgeschichte der schwarzen Bevölkerung der USA änderte sich die Realität vor allem in den Südstaaten wenig: „Politische Gleichberechtigung war im Süden nur mit vorgehaltenem Gewehr möglich gewesen“ (LEPORE 2020: 404). Im Zuge eines Kompromisses zwischen Demokratischer und Republikanischer Partei 1876 wurde vereinbart, dass die militärische Besetzung der Südstaaten durch Truppen der im Bürgerkrieg siegreichen Nordstaaten beendet werde. In der Folge endete auch die Ära der sogenannten „Reconstruction“, in der es für Schwarze viele neue Freiheiten gegeben hatte. Doch nach dem Ende der Reconstruction wurde in den Südstaaten eine weitgehende Rassentrennung eingeführt, die die Schwarzen auch weiterhin diskriminierte und unterdrückte.

Sichergestellt wurde diese diskriminierende Rassentrennung einerseits durch die 1866 gegründete paramilitärische und terroristische Geheimorganisation Ku-Klux-Klan, die durch Akte der Einschüchterung bis hin zu Terror und Mord schwarze Emanzipationsversuche unterdrückte. Eine „aufsteigende Welle von Terrorismus“ (LEPORE 2020: 402) machte den Wahlakt für schwarze Männer immer schwieriger und gefährlicher – und jede andere Aktivität schwarzer Menschen, die bei Weißen aneckte. Allein von 1877-1950 wurden rund 4.400 Menschen in den Südstaaten Opfer von teils unfassbar grausamen rassistisch motivierten Lynchmorden. Von diesen Lynchmorden werden oft sogar Ansichtskarten mit Fotos der Opfer vertrieben, um Angst und Schrecken zu verbreiten (vgl. BERG 2014). Bis hinein in die hohe Politik wurden die Lynchmorde legitimiert. 1903 tönte der Gouverneur von Mississippi: „Wenn es nötig ist, wird jeder Neger im Staat gelyncht werden“ (LEPORE 2020: 452).

Andererseits wurden Segregation und Diskriminierung durch die Legislativen der Südstaaten befördert, die eine Reihe von diskriminierenden Gesetzen, die sogenannten „Black Codes“ oder „Jim Crow laws“ verabschiedeten, die eine effektive Gleichberechtigung der Afroamerika-

ner*innen ausschlossen und sie effektiv von dem ihnen gemäß Verfassung zustehenden Wahlrecht ausschlossen: „Die Sklaverei war beendet, die Rassentrennung hatte jetzt erst begonnen“ (LEPORE 2020: 405).

1896 prägte der Supreme Court in Plessy vs. Ferguson das berühmte Diktum „separate but equal“: Die Rassentrennung sei kein Verfassungsverstoß, solange Chancengleichheit bestehe. 1915 gründete sich der zwischenzeitlich eingeschlafene Ku-Klux-Klan neu, inspiriert von dem rassistischen Stummfilm „Birth of a Nation“. Schätzungsweise 3-6 Millionen Mitglieder hatte die rassistische Geheimorganisation in ihrer Hochphase in den 1920er Jahren. Zahlreiche Lynchmorde hielten die Schwarzen in Angst und Schrecken. Die Jazzsängerin Billie Holiday veröffentlichte 1939 das Lied „Strange Fruit“, dessen Text auf ein Gedicht von Abel Meeropol zurückgeht, und das die Realität von Lynchmorden im Tiefen Süden der USA anprangert: „Southern trees bear a strange fruit, blood on the leaves and blood at the root, black bodies swinging in the southern breeze, strange fruit hanging from the poplar trees.“

Die „klassische“ Bürgerrechtsbewegung

Auch nach der Ära der Sklaverei nahmen die schwarzen US-Amerikaner*innen vor allem in den Südstaaten ihr segregiertes Land somit als eine Art Diktatur der Weißen über die Schwarzen wahr, die auf struktureller rassistischer Gewalt und Diskriminierung erbaut war: Die Legislativen der Bundesstaaten schufen rassistische „Jim Crow“-Gesetze, die Exekutiven wendeten sie rassistisch an und die Judikativen legitimierten dies vielfach mit rassistischer Argumentation. Viele Lynchmorde jener Zeit blieben eben auch deshalb juristisch ungesühnt, weil in den Juries der Strafgerichte in der Regel nur Weiße saßen, die weiße Lynchmörder immer wieder sogar wider besseres Wissen freisprachen. Immer wieder wendeten sich mutige Schwarze gegen ihr „Gefängnis“, doch erst in den späten 1950ern und 1960ern gelang es der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung, dabei strukturelle Erfolge zu erzielen.

Eine tragende Säule der Bewegung waren damals vor allem die Pastoren afroamerikanischer Gemeinden, vor allem der Baptisten. Die Southern Christian Leadership Conference (SCLC) unter Führung von Martin Luther King jr. war dabei von besonderer Bedeutung. Der von der

Aktivistin Rosa Parks ausgelöste und vom jungen Pastor King koordinierte Busboykott von Montgomery, Alabama, 1955/56 führte Schwarzen wie Weißen das Erfolgspotenzial von kreativen Widerstandsformen und direkter Aktion vor Augen.

7

Doch der Kampf für die vollen Bürgerrechte für Afroamerikaner*innen war ein steiniger Weg. Er führte über Little Rock, Arkansas, wo 1957 Soldaten der 101. Luftlandedivision auf Befehl von US-Präsident Dwight Eisenhower den Schulbesuch der „Little Rock Nine“, der ersten neun afroamerikanischen Schüler*innen einer neu desegregierten Schule, gegen den Gouverneur von Arkansas durchsetzen mussten. Er führte über Mississippi, wo im Juni 1963 der schwarze Bürgerrechtler Medgar Evers vor seinem Wohnhaus ermordet wurde, über Birmingham, Alabama, wo nur drei Monate später bei einem Bombenanschlag des Ku-Klux-Klan auf die 16th Street Baptist Church vier schwarze Mädchen starben, und er führte über die drei Märsche für das Wahlrecht von Schwarzen, die von Selma, Alabama, ausgingen. Die Initiative zu dem Civil Rights Act, der wirkliche Gleichberechtigung bringen sollte, ging von Präsident John F. Kennedy aus, doch nach dessen Ermordung führte sein Nachfolger Lyndon B. Johnson den Gesetzgebungsprozess weiter – gegen den harten Widerstand einer Minderheit von Senatoren aus den Südstaaten. Deren Wortführer, Senator Richard Russell aus Georgia, sagte in der Debatte: „We will resist to the bitter end any measure or any movement which would have a tendency to bring about social equality and intermingling and amalgamation of the races in our (Southern) states“ (zitiert nach REMNICK 2014).

2 Polizeigewalt und Masseninhaftierung: schwarze Realitäten heute

Die Sklaverei ist seit mehr als 150 Jahren in den USA verboten und fast 60 Jahre sind seit der Verabschiedung des Civil Rights Act vergangen. Rechtliche Gleichheit sollte heute in den USA weitgehend erreicht sein. Doch die Wirklichkeit sieht für Afroamerikaner*innen nach wie vor anders aus. Zwei Phänomene zeigen besonders deutlich, dass die Gleichheit zwischen Schwarzen und Weißen in der Verfassungswirklichkeit der USA keineswegs erreicht und ein angeblich „postethnisches“ oder „farbenblindes“ Zeitalter nicht angebrochen ist: die Masseninhaftierung

insbesondere schwarzer junger Männer und die drastische, teils letale Polizeigewalt, der schwarze Menschen deutlich häufiger ausgesetzt sind als Angehörige anderer Gruppen.

Masseninhaftierung

1998 reimte der Gangsta-Rapper 2Pac in „Changes“: „It ain’t a secret, don’t conceal the fact/The penitentiary’s packed/And it’s filled with blacks.“ Für viele Schwarze ist es offensichtlich, dass das US-amerikanische Strafrechtssystem und Strafjustiz nur scheinbar „farbenblind“ sind. Doch die landläufige Antwort von Politik und Medien auf die unbestreitbare Tatsache, dass deutlich mehr schwarze als weiße Amerikaner inhaftiert sind war, dass Schwarze eben häufiger kriminelle Akte begingen als Weiße, das Ungleichgewicht in den Justizvollzugsanstalten also die Folge einer höheren Kriminalität von Schwarzen sei.

Dies widerlegte jedoch in einer erstmals 2010 erschienenen wegweisenden Studie die Juristin und Bürgerrechtsaktivistin Michelle Alexander. Sie zeigte, dass infolge des „War on Drugs“ ab den 1980er Jahren ein neues System rassistischer Ausgrenzungsmechanismen etabliert wurde, das den „Jim Crow“-Gesetzen früherer Tage nicht unähnlich ist. Das Ergebnis dieses neuen „Jim Crow“-Systems: „In den USA wird heute einem außerordentlich hohen Prozentsatz schwarzer Männer wie während der gesamten amerikanischen Geschichte mit Billigung des Gesetzes das Wahlrecht verweigert. Und auch bei der Arbeits- und Wohnungssuche, in der Bildung, bei Sozialleistungen und bei der Besetzung von Geschworenenjurys werden sie genauso legal diskriminiert wie einst ihre Eltern, Großeltern und Urgroßeltern“ (ALEXANDER 2017, 19f.). Weil in der heutigen, angeblich „farbenblinden“ und postrassistischen Gesellschaft der USA Diskriminierungen gesellschaftlich nicht mehr mit Hautfarbe gerechtfertigt werden dürfen, „etikettieren wir People of Color mithilfe unseres Strafrechtssystems als »Kriminelle« und bedienen uns dann all der Methoden, die wir angeblich hinter uns gelassen haben“ (EBD., 20). Ergebnis dieser Entwicklungen, so Alexander, sei ein „neues rassistisches Kastensystem“ (EBD., 22). Dieses System kann Rassen diskriminieren, ohne dabei den Begriff „Rasse“ auch nur verwenden zu müssen.



Ausgangspunkt dieser Entwicklungen war der von der Administration von US-Präsident Ronald Reagan bereits im Oktober 1982 ausgerufene „War on Drugs“, der meist so dargestellt wird, als sei er eine Reaktion auf die rasende Ausbreitung der Droge Crack. Dabei war der Drogenkonsum in den USA zu dieser Zeit sogar rückläufig, und nur 2% der Amerikaner betrachteten Drogen als das größte Problem des Landes (ALEXANDER 2017, 81). Crack wurde tatsächlich erst einige Jahre später zu einem ernsthaften Problem in den USA. Und erst ab 1985, nach einer intensiven, von der Regierung befeuerten reißerischen Medienkampagne der Drogenbekämpfungsbehörde DEA, wurde Crack tatsächlich gesellschaftlich als jenes Problem wahrgenommen, das eine massive Strafrechtsreform rechtfertigen sollte. Die Reagan-Administration lancierte Medienartikel über „Crack-Huren“ und „Crack-Babys“ und stellte die Sucht als „Epidemie“ und „Seuche“ dar. Dabei bediente sie sich einer rassistisch codierten Sprache, um Afroamerikaner*innen als Sozialschmarotzer und Kriminelle darzustellen: Ronald Reagan selbst sprach etwa von „Welfare Queens“ und von Kriminellen als „Human Predators“. In beiden Formulierungen fand sich zwar kein Hinweis auf Hautfarbe, doch die weiße Arbeiterklasse verstand, wer gemeint war. „Dog-whistle politics“ wird diese Art rassistisch codierter Sprache genannt – wie bei einer Hundepfeife, wo für die Umstehenden nichts zu hören ist, der Hund aber gleichwohl reagiert. Das „noch immer herrschende Stereotyp des schwarzen Mannes als aggressives und wildes Raubtier“ kann bis in die Zeit der Reconstruction nach dem Bürgerkrieg zurückverfolgt werden, als die besiegten weißen Südstaatler Racheakte der nun befreiten ehemaligen Sklaven fürchteten (ALEXANDER 2017, 53).

Dabei war die Reagan-Administration selbst an der Verbreitung von Crack in den USA wahrlich nicht unschuldig: 1996 enthüllte der investigative Journalist Gary Webb, dass im Zuge der später sogenannten Iran-Contra-Affäre nicaraguanische Contra-Rebellen in den 1980er Jahren in großem Maße Kokain in die USA geschmuggelt hatten, um ihren Guerillakrieg gegen die Sandinisten zu finanzieren (WEBB 1998). Dies geschah mit Wissen der CIA und war laut Webb für rund die Hälfte des in diesem Zeitraum in die USA geschmuggelten Kokains verantwortlich. Den Schmuggel organisierten die Contras mit Hilfe eines Netzwerks, das von Oberstleutnant Oliver North, einem militärischen Berater des Nationalen Sicherheitsrates, kreiert wurde und



mit dessen Hilfe die US-Strafverfolgungsbehörden bei ihren diesbezüglichen Ermittlungen von der CIA behindert wurden (vgl. COCKBURN/ST. CLAIR 1999).

Den Verkauf des Kokains als Crack in den armen schwarzen Ghettos von Los Angeles übernahmen die Gangs der Crips und der Bloods, die mit Hilfe der Einnahmen national expandieren und bundesweit den Drogenverkauf vor allem in schwarzen Vierteln organisieren konnten (WEBB 1998). Aus einem schweren regionalen Problem wurde so ein schweres nationales Problem: Die Crack-Krise verbreitete sich vor allem in den armen, überwiegend von Schwarzen bewohnten Vierteln der amerikanischen Städte – gleichzeitig mit einer grassierenden Arbeitslosigkeit. Die CIA bestätigte 1998 zahlreiche Erkenntnisse von Webb (CIA 1998).

Vor allem aber nutzte die Reagan-Administration die Crack-Krise als Begründung für eine massive Verschärfung des Strafrechts und insbesondere der Strafmaße für Drogendelikte – ein „Law and Order“-Kurs, mit dem Reagan vor allem die Unterstützung der weißen Mittelschicht gewann. Der 1986 in der Folge verabschiedete und bereits 1988 erneut verschärfte Anti-Drug Abuse Act legte Mindesthaftstrafen für den Handel mit Drogen fest und zementierte auch damit ein rassistisches System: Das Mindeststrafmaß für den Handel der vornehmlich von Weißen genutzten Wohlstandsdroge Kokain lag nämlich deutlich niedriger als jenes für den Handel mit der Armutdroge Crack – obwohl Crack ein Kokainderivat ist.

In der Folge entwickelten sich die USA bis heute zu dem Staat mit der höchsten Inhaftierungsrate der Welt: sie stellen rund 5% der Weltbevölkerung, aber rund 25% der Inhaftierten weltweit: Aktuell sitzen in den USA knapp 2,1 Mio. Strafgefangene ein (vgl. Abbildung 1). Und auch bei der Anzahl der Inhaftierten je 100.000 Einwohner*innen liegen die USA mit einem Wert von aktuell 639 deutlich an der Spitze der Weltrangliste (vgl. Abbildung 2). Rechnet man nicht nur die tatsächlich Inhaftierten, sondern alle Personen, die unter der Kontrolle der Strafjustiz stehen, d.h. entweder inhaftiert sind, vorzeitig entlassen wurden oder unter Bewährung stehen, ist die Situation sogar noch dramatischer, denn diese Zahl stieg von unter 2 Mio. 1980 auf über 7 Mio. in den 200er Jahren an und ging dann wieder leicht auf rund 6,5 Mio. zurück (vgl. Abbildung 3).

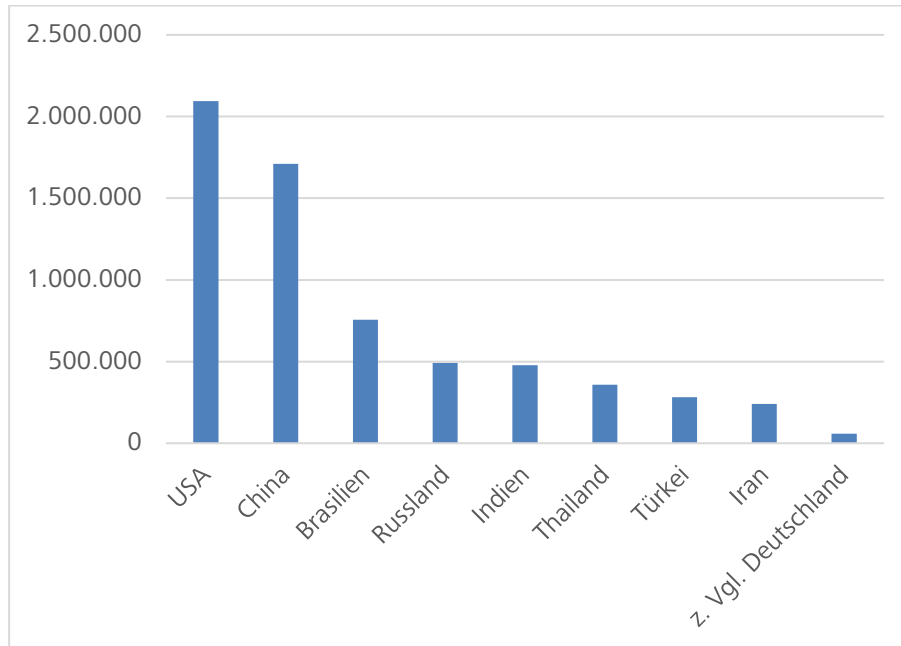


Abbildung 1: Länder mit den meisten Gefangenen 2020 (Quelle: prisonstudies.org, Stand 30.11.2020)

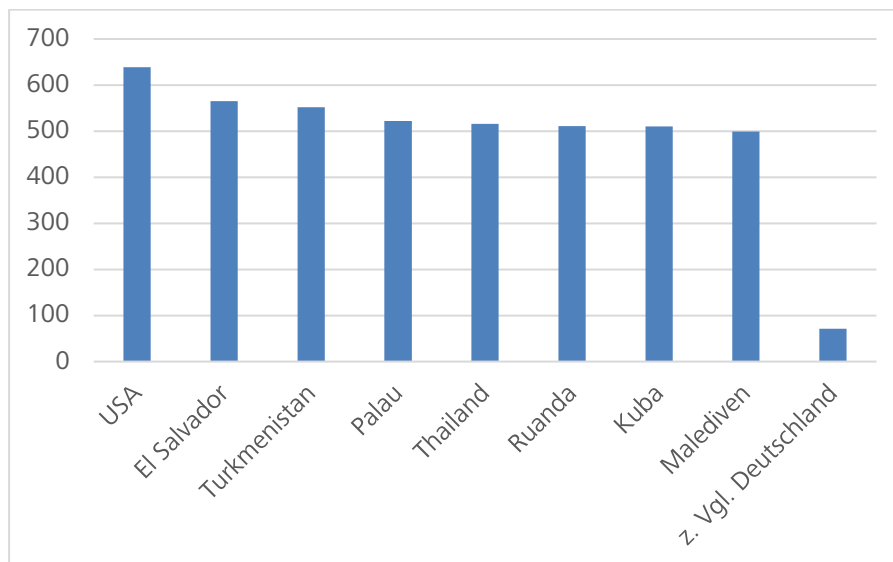


Abbildung 2: Anzahl der Inhaftierten je 100.000 Einwohner*innen (Quelle: prisonstudies.org, Stand 30.11.2020)

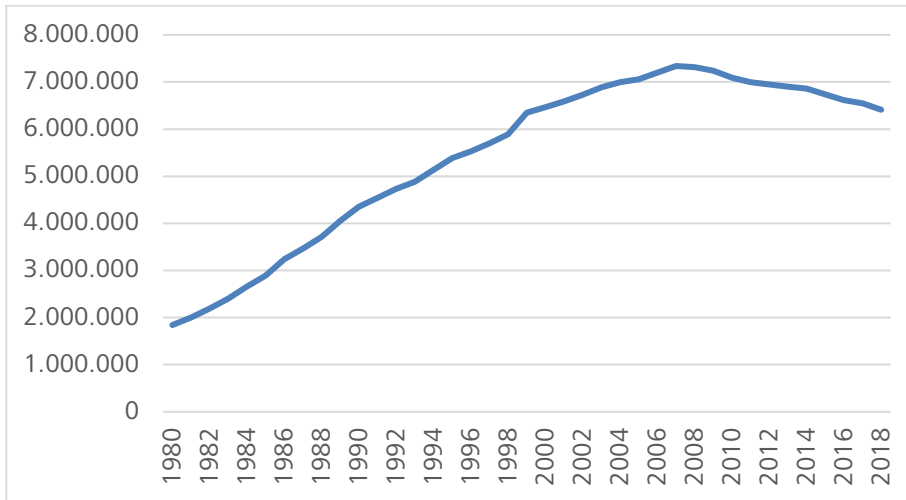


Abbildung 3: Gesamtzahl der Menschen unter Kontrolle der US-Strafjustiz (Total correctional population), 1980-2018 (Quelle: Bureau of Justice Statistics, www.bjs.gov)

Der Zusammenhang zwischen Hautfarbe und Inhaftierung ist dabei nicht zu übersehen, denn die schwarzen Communities in den USA verzeichnen dramatische Inhaftierungsraten: In der US-Hauptstadt Washington D.C. etwa landen Schätzungen zufolge drei Viertel aller jungen schwarzen Männer mindestens einmal im Gefängnis (ALEXANDER 2017, 26). Im Schnitt liegt das Verhältnis von Afroamerikaner*innen und Weißen in US-Staatsgefängnissen bei 5:1. In Iowa, Minnesota, New Jersey, Vermont und Wisconsin liegt das Verhältnis sogar bei über 10:1. In zwölf Bundesstaaten sind mehr als die Hälfte aller Insassen der Staatsgefängnisse schwarz. In elf Bundesstaaten der USA befinden sich mindestens 5% aller schwarzen volljährigen Männer im Gefängnis (NELLIS 2016, 3). Zwar sitzen insgesamt mehr Weiße als Schwarze in amerikanischen Staatsgefängnissen ein, doch gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung sieht das Bild anders aus (vgl. Abbildung 4).

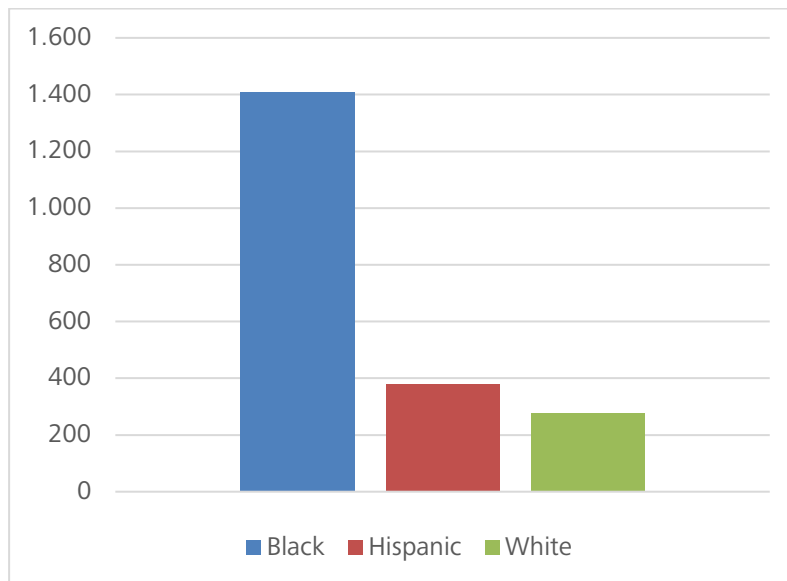


Abbildung 4: Durchschnittliche Inhaftierungsrate je 100.000 Menschen 1978-2014 (Quelle: Nellis 2016, 4)

Die landläufige, gleichwohl rassistische Erklärung, Schwarze seien eben krimineller als Weiße, ist dabei nicht haltbar. Empirische Untersuchungen belegen klar, dass Menschen aller Hautfarben im gleichen Maße Drogen konsumieren und mit Drogen handeln – sofern überhaupt Unterschiede wahrnehmbar sind, deuten sie eher auf eine überproportionale Drogendelinquenz von jungen Weißen hin. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kommt in einem Bericht 2000 zu dem Schluss: „Contrary to public belief, the higher arrest rates of black drug offenders do not reflect higher rates of drug law violations. Whites, in fact, commit more drug crimes than blacks. But the war on drugs has been waged in ways that have had the foreseeable consequence of disproportionately targeting black drug offenders“ (HUMAN RIGHTS WATCH 2000).

Gleichwohl ist die Zahl schwarzer Männer, die wegen Drogendelikten zu Gefängnis verurteilt werden, in manchen Bundesstaaten 20-25mal so hoch wie der Anteil weißer Männer (ALEXANDER 2017, 26). In den Großstädten der USA haben in den 2000ern rund 80% der jungen Afroamerikaner Vorstrafen und sind deswegen legalen Diskriminierungen ausgesetzt, z.B. drastischen Einschränkungen beim Wahlrecht (HUMAN RIGHTS WATCH 2000). „Nach ihrer

Entlassung treten die ehemaligen Häftlinge in eine verborgene Unterwelt ein, in der sie per Gesetz diskriminiert und dauerhaft aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden“, so Michelle Alexander. „Sie bilden Amerikas neue Unterkaste“ (ALEXANDER 2017, 34). Millionen Menschen, darunter überproportional viele Afroamerikaner*innen, werden so langfristig eines Teils ihrer Bürgerrechte und insbesondere ihres Wahlrechts beraubt – eine Einschränkung, die im Übrigen einseitig zulasten der Demokratischen Partei geht, die von Afroamerikaner*innen in deutlicher Mehrheit gewählt wird.

In den 1980ern, zeitgleich zum beginnenden „War on Drugs“ mit seinen drastisch steigenden Häftlingszahlen, wurden privatisierte Strafvollzugsanstalten zugelassen, in denen die Häftlinge auch Zwangsarbeit leisten müssen. Dies steht durchaus in einer langen Tradition: Bereits in der Ära der „Jim Crow“-Gesetze wurden Straftatbestände wie Landstreicherei und „beleidigende Gesten“ mit harten Strafen belegt – oftmals mit Gefängnisstrafen, die mit Zwangsarbeit verbunden waren, oder während denen die Sträflinge als Leiharbeiter vermietet wurden (BLACKMON 2008).

Der 13. Verfassungszusatz von 1865 verbot zwar Sklaverei, nahm aber ausdrücklich Zwangsarbeit als Strafe vom Verbot aus – womit sie bis heute legal ist. Das Handeln privater Gefängnisgesellschaften ist an den Renditeerwartungen der Aktionäre ausgerichtet und setzt daher eine gute Auslastung der angebotenen Haftplätze und möglichst lange Haftstrafen voraus. Der „War on Drugs“ und die daraus folgenden Inhaftierungszahlen waren insofern eine *conditio sine qua non* für den Erfolg des privaten Strafvollzugs. Quantitativ spielt der private Strafvollzug sicherlich nur eine untergeordnete Rolle: Weniger als 9% aller Inhaftierten sitzen in privaten Gefängnissen ein (PRISON POLICY INITIATIVE 2020). Für viele afroamerikanische Aktivist*innen liegt gleichwohl mindestens der Verdacht nahe, dass die verschärfte Strafjustiz im Rahmen des „War on Drugs“ und insbesondere die langjährigen Inhaftierungen von Schwarzen in einem sachlichen Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der Gefängnisse stehen, wie etwa der Aktivist und Rapper Killer Mike aus Atlanta in seinem Stück „Reagan“ von 2012 darlegte: „Thanks to Reaganomics / prison turned to profits / ‘Cause free labor’s the cornerstone / of US economics / ‘Cause slavery was abolished / unless you are in prison / You think I am bullshittin’



/ then read the 13th Amendment / Involuntary servitude and slavery it prohibits / that's why they givin' drug offenders / time in double digits." 2017 erreichten die Aktienkurse der beiden börsennotierten Branchenführer Geo Group und Corecivic Höchststände, weil Präsident Trump ein klarer Befürworter des privaten Strafvollzugs war. Sein Nachfolger Joe Biden versprach im Wahlkampf das Ende der Branche – inwieweit dies erfolgreich umgesetzt wird, wird sich zeigen.

Polizeigewalt

„Fuck the police / comin' straight from the underground / A young nigga got it bad 'cause I'm brown / And not the other color / so police think / They have the authority to kill a minority“, rappten N.W.A. 1988 in „Fuck Tha Police“. Das Gefühl, dass Polizisten gegenüber ethnischen Minderheiten in den USA anders vorgehen als gegenüber Weißen, ist unter Afroamerikaner*innen weit verbreitet. Sie erleben täglich rassistische Vorurteile und die daraus folgende Diskriminierung, wie bitter auch etwa der Schwarze Matthew Horace festhält, der fast 30 Jahre lang als „Cop“ gearbeitet hat: „Ich bin auch ein ‚männlicher Schwarzer‘, sprich, einer der zig Millionen afroamerikanischer Männer, die aufgrund von uralten Lügengeschichten und Vorurteilen von vornherein als verdächtig und gefährlich gelten. Wo wir auftauchen, halten Frauen instinktiv die Handtaschen fest, verriegeln Familien die Autotüren und melden Verkäufer bei der Polizei einen ‚verdächtigen Schwarzen‘. Wir sind immer eine Bedrohung, tragen immer eine furchteinflößende Waffe. Diese Waffe ist unsere Haut. Wir können sie nicht ablegen.“ Dramatische Folgen haben Vorurteile und strukturelle Diskriminierung vor allem bei Begegnungen mit der Polizei, wie Horace ergänzt: „Auch als Cop bin ich der schwarze Junge, dem von seinen besorgten Eltern eingeschärft wurde: Egal, wie absurd die Gründe sind, aus denen die Polizei dich anhält, und egal wie schlimm sie dich beleidigen und erniedrigen, füge dich, damit du lebend nach Hause kommst“ (HORACE 2020, 8f.). Dies wird durch unzählige teils tödliche Fälle von Polizeigewalt in den vergangenen Jahren dramatisch belegt.

2012 erschießt ein nicht im Dienst befindlicher Polizist in Chicago die 22jährige Rekia Boyd mit einem Kopfschuss, angeblich, weil er das Handy in ihrer Hand für eine Waffe hält. 2013 wird



der 24jährige Jonathan Ferrell in North Carolina von Polizisten mit 12 Schuss getötet, weil er nach einer Autopanne im Dunkeln nach Hilfe sucht. 2014 erschießt ein Polizist in Ohio den 12jährigen Tamir Rice in einem Park, weil er die Airsoftpistole in dessen Hand für eine echte Waffe hält. Der 22jährige John Crawford III wird ebenfalls in Ohio in einem Sportgeschäft von Polizisten erschossen, weil er ein Luftgewehr kaufen möchte und mit diesem in der Hand durch das Geschäft läuft. Im gleichen Jahr wird der 43jährige Eric Garner in New York von der Polizei festgenommen und in den berüchtigten – und seit 1993 verbotenen – Würgegriff genommen. Bevor er erstickt, ruft er mehrfach „I can't breathe“. Ebenfalls 2014 wird der 18jährige Michael Brown in Ferguson, Missouri, von einem Polizisten erschossen, was zu massiven Protesten der afroamerikanischen Community führt, die über Wochen andauern. 2015 wird der 50jährige Walter Lamar Scott in South Carolina bei einer Verkehrskontrolle angehalten und flieht. Ein Polizist schießt achtmal auf den Fliehenden und tötet ihn. Der 44jährige Eric Harris wird in Oklahoma von einem Deputy „versehentlich“ erschossen – angeblich, weil dieser seine Pistole mit einem Taser verwechselt. Der 25jährige Freddie Gray wird in Maryland nach seiner Festnahme gefesselt in den Laderaum eines Polizeitransporters gelegt. Bei dem folgenden „rough ride“ zieht er sich schwere Wirbelsäulenverletzungen zu, fällt ins Koma und stirbt eine Woche später. 2016 weist der 32jährige Philando Castile bei einer Verkehrskontrolle in Minnesota den Polizisten sachlich darauf hin, dass er erlaubterweise eine Schusswaffe bei sich führt, für die er einen Waffenschein hat. Obwohl er keinerlei Anstalten macht, nach der Waffe zu greifen, wird er daraufhin von dem Polizisten mit 7 Schüssen erschossen – während seine Freundin und deren 4jährige Tochter sich mit ihm im Auto befinden. Der 37jährige Alton Sterling widersetzt sich in Louisiana seiner Festnahme, wird mehrfach getasert und zu Boden gerungen. Während ein Polizist auf seinem Oberkörper kniet und ein zweiter auf seinen Beinen wird er aus 90cm Entfernung 6mal in den Rücken geschossen. 2020 stürmt die Polizei die Wohnung der 26jährigen Rettungssanitäterin Breonna Taylor, während sie schlafend mit ihrem Freund im Bett liegt. Es kommt zu einem Schusswechsel zwischen der Polizei und ihrem Freund, der die Eindringlinge wohl für Einbrecher hält. Dabei wird Breonna Taylor erschossen. Der 46jährige George Floyd wird 8 Minuten und 46 Sekunden lang von einem Polizisten mit dessen Knie auf seinem Hals am Boden fixiert. Er erklärt fast dreißigmal, dass er nicht atmen kann und fleht



um sein Leben, bevor er stirbt. Das Verfahren gegen den Täter im Fall George Floyd wird 2021 eröffnet. Die Polizisten, die Harris und Scott töteten, wurden dafür verurteilt. In keinem der übrigen genannten Fälle wurde ein Polizist für seine Tat verurteilt, oftmals wurden nicht einmal Verfahren eröffnet.

Es gibt zahlreiche Beispiele wie diese. Doch gerne wurde von Seiten etwa der Trump-Administration darauf hingewiesen, mehr Weiße als Schwarze würden Opfer von tödlicher Polizeigewalt. Vielsagend etwa der Dialog zwischen CBS-Journalistin Catherine Herridge und Trump in einem Fernsehinterview von CBS News.

Herridge: „You said, George Floyd’s death was a terrible thing...“

Trump: „Terrible!“

Herridge: „Why are African Americans still dying at the hand of law enforcement in this country?“

Trump: „And so are white people... so are white people. What a terrible question to ask! So are white people. More white people, by the way! More white people!“ (CBS 2020).

Eine Behauptung, die in absoluten Zahlen durchaus richtig ist: Rund die Hälfte der insgesamt 5.284 Opfer tödlicher Polizeigewalt in den Jahren von 2015-2020 war gemäß Recherchen der Washington Post weiß (vgl. Abbildung 5). Vergleicht man hingegen den Anteil der jeweiligen sozialen Gruppe an der Gesamtbevölkerung der USA mit ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Opfer tödlicher Polizeigewalt 2015-2020, so bietet sich ein anderes Bild (vgl. Abbildung 6). Während Weiße 60,2% an der Gesamtbevölkerung der USA ausmachen, stellen sie 50,8% der Todesopfer. Schwarze hingegen machen 12,8% der Gesamtbevölkerung aus, aber 26,5% der Todesopfer. Noch deutlicher wird die Situation, wenn man die Zahl der Todesopfer auf je 1 Million der jeweiligen Bevölkerungsgruppe umrechnet (vgl. Abbildung 7). Der Anteil der schwarzen (und, etwas weniger ausgeprägt, auch der hispanischen) Todesopfer letaler Polizeigewalt ist klar überproportional (WASHINGTON POST 2020).

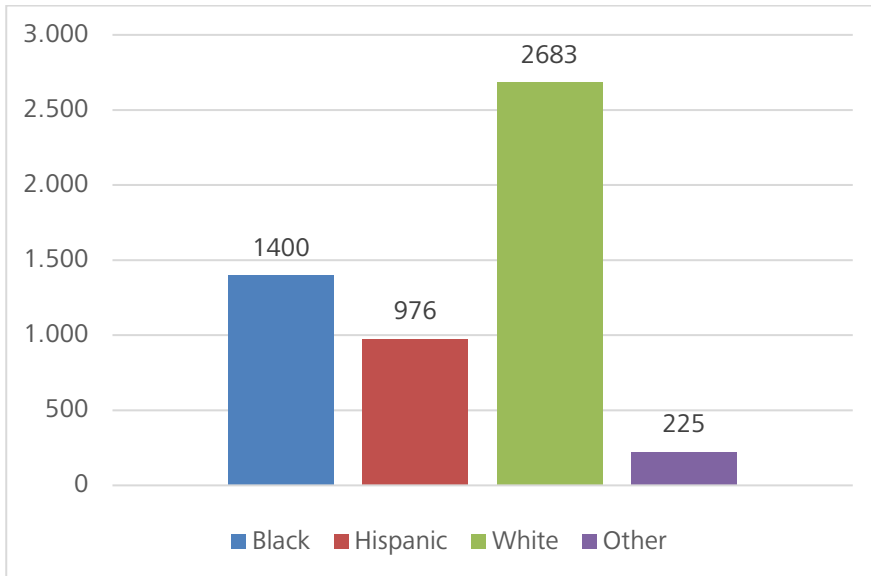


Abbildung 5: Anzahl der Opfer von tödlicher Polizeigewalt 2015-2020 (Quelle: WASHINGTON POST 2020, Stand 30.11.2020)

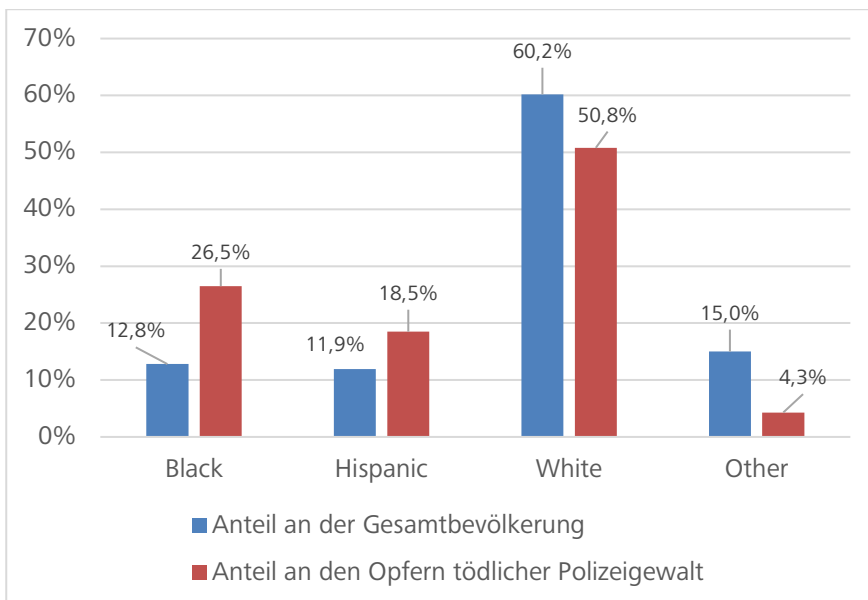


Abbildung 6: Anteil der Gruppen an der Gesamtbevölkerung und an der Gesamtzahl der Opfer tödlicher Polizeigewalt (Quelle: WASHINGTON POST 2020, Stand 30.11.2020)

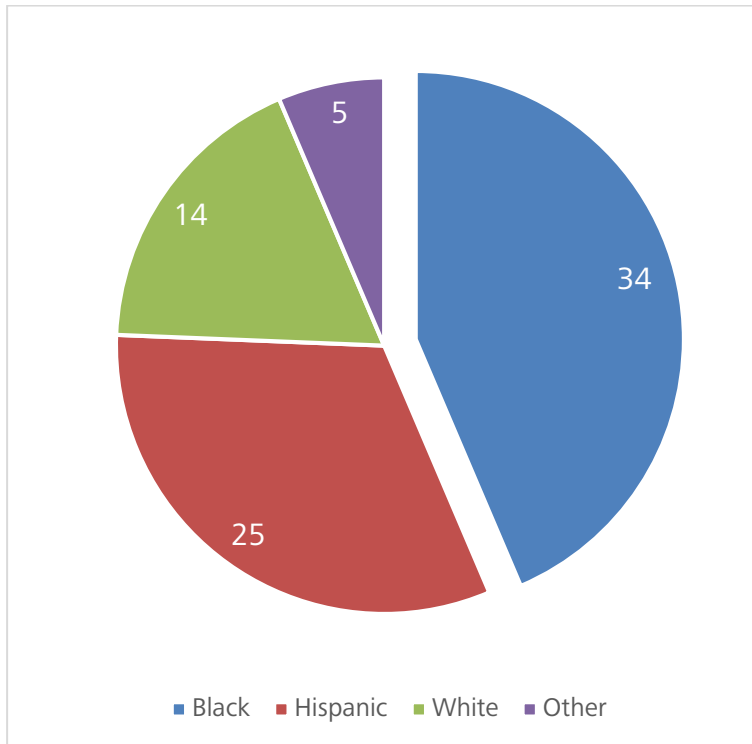


Abbildung 7: Opfer von tödlicher Polizeigewalt je 1 Million (Quelle: WASHINGTON POST 2020, Stand 30.11.2020)

Bemerkenswert angesichts dieser Zahlen ist, dass in einer Umfrage nur 36% der Befragten strukturellen Rassismus innerhalb der Polizei als Ursache für die ungleichen Opferzahlen von Polizeigewalt sahen, während 42% der Aussage zustimmten „this rarely occurs and attracts more media attention than it should“ (BEJARANO/HANKES 2020).

Es waren Bürgerkrieg und die kurze Phase der Reconstruction, die die Afroamerikaner*innen aus der Sklaverei befreit haben. Doch auf einen historisch kurzen Moment der relativen Freiheit folgten Ku Klux Klan, Segregation und „Jim Crow“-Gesetze. Es war die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung der 1960er, die die „Jim Crow“-Gesetze besiegte. Doch nach einer historisch kurzen Neuordnungsphase folgten ab 1980 der „War on Drugs“, die Masseninhaftierung insbesondere junger schwarzer Männer und die weit verbreitete Polizeigewalt, die überdurchschnittlich oft ebenfalls Afroamerikaner*innen betrifft. Die USA sind heute ein tief gespaltenes

Land. Womöglich bedurfte es einer neuen Bürgerrechtsbewegung, um antirassistische Politik zu befördern.

20

3 Black Lives Matter als neue US-Bürgerrechtsbewegung

Vom Hashtag zur Bewegung

„Black Lives Matter“ wurde als Hashtag geboren. 2013 wurde George Zimmerman freigesprochen – der Mann, der ein Jahr zuvor den 17jährigen Afroamerikaner Trayvon Martin erschossen hatte. Alicia Garza, eine Aktivistin aus Oakland in Kalifornien, die sich für die Rechte von Hausangestellten einsetzte, war von diesem Freispruch derart entsetzt, dass sie auf ihrem Facebook-Kanal am 13. Juli 2013 einen eindringlichen Post veröffentlichte: „Stop saying we are not surprised. That’s a damn shame in itself. I continue to be surprised at how little Black lives matter. And I will continue that. Stop giving up on black life. Black people. I love you. I love us. Our lives matter“ (zitiert nach HILLSTROM 2018, 22). Ihre Freundin Patrisse Cullors, eine Aktivistin aus Los Angeles, teilte den Post und versah ihn erstmals mit dem Hashtag #BlackLivesMatter. Opal Tometi, Aktivistin für die Rechte von Einwanderern, baute dazu eine Online-Plattform. Aus dem Hashtag entstand inspiriert von Garza, Cullors und Tometi eine neue afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung, eine „antirassistische Bewegung mit jungen Leuten, die sich im ganzen Land in lokalen Gruppen engagierten, oft geführt von jungen schwarzen Frauen“ (KENDI 2018, 10).

Die neue Bewegung stellt sich symbolisch wie inhaltlich klar in die Tradition früherer afroamerikanischer Bürgerrechtler:innen – aber durchaus in einer postmodernen Interpretation, die die Widersprüche von einst vereinen soll. Bezüglich des großen Konflikts der 60er und 70er zwischen denjenigen, die die Gewaltfreiheit betonten, die rechtliche Gleichheit in den Mittelpunkt stellten und vornehmlich aus den Südstaaten kamen einerseits und den radikaleren Kräften, die sich nicht auf Gewaltfreiheit festlegen wollten, stärker die soziale Frage in den Fokus nahmen und häufig aus den Nordstaaten kamen, bezieht BLM keine einseitige Position. In ihrer Selbstdarstellung vereinen BLM die Tradition von Martin Luther King mit derjenigen von Mal-



com X. Und sie versäumen auch nicht, den beiden „großen Männern“ der Bürgerrechtsbewegung auch die zahlreichen Frauen an die Seite zu stellen, die in der afroamerikanischen Emanzipationsgeschichte das Gleiche leisteten und dafür gleichermaßen Gewalt und Freiheitsentzug ernteten wie die Männer, oftmals aber weniger beachtet wurden – das jüngste Selbstdarstellungsvideo der Bewegung beruft sich ausdrücklich auf Frauen wie Harriet Tubman, Fannie Lou Hamer, Ella Baker und Angela Davis – neben Verweisen auf Martin Luther King und Malcolm X (BLACK LIVES MATTER 2020).

21

Unterschiede zwischen „klassischer“ und „neuer“ Bürgerrechtsbewegung

Doch auch wenn BLM sich klar in die „klassische“ Tradition stellt, bleibt festzuhalten, dass es sich um eine neue Bürgerrechtsbewegung handelt, nicht bloß um eine Fortführung oder Renaissance der alten. Bei näherer Betrachtung zeigen sich einige deutliche Unterschiede zwischen „klassischer“ und „neuer“ Bürgerrechtsbewegung. Offenkundig ist etwa der deutlich inklusivere Ansatz der BLM-Bewegung, der sich nicht nur in der erwähnten Betonung auch der weiblichen Seite der Tradition und damit einhergehend einer engen Verbindung auch zu feministischen Initiativen zeigt. Insgesamt bemüht sich BLM um eine enge Vernetzung und Verzahnung mit anderen sozialen Bewegungen, insbesondere von Initiativen anderer gesellschaftlich diskriminierter Gruppen.

Die „klassische“ Bürgerrechtsbewegung war stark geprägt vom Klerus, insbesondere von den Pastoren der Southern Baptists, die in der SCLC zusammengeschlossen waren. Viele dieser Pastoren vertraten dabei gesellschaftspolitisch – jenseits der „Rassenfrage“ – eher konservative Positionen. Das gilt beispielsweise für das Verhältnis zur Homosexualität. Zwar war mit Bayard Rustin einer der engsten Wegbegleiter und Berater von Martin Luther King offen schwul, doch wurde Rustin wegen seiner Homosexualität 1960 aus der SCLC gedrängt (GATES 2013). BLM sucht demgegenüber gerade eine enge Verbindung zur LGBT-Bewegung (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender), die ihre Emanzipation von der sozialen Norm der Heteronormativität anstrebt und gegen Diskriminierungen aufgrund sexueller Identität oder Orientierung kämpft.

Intersektionalität, also der besondere Blick auf Überschneidungen und Gleichzeitigkeit von verschiedenen Diskriminierungskategorien gegenüber einer Person (z.B. schwarze Frau oder schwarzer Transgendermann), ist ein klarer Fokus von BLM, was sich indirekt schon im erwähnten Facebook-Post von Alicia Garza spiegelte: „Entstanden aus dem Denken und aus den Herzen von drei Frauen, von denen zwei LGBT (lesbian, gay, bisexual, transgender) sind, signalisierte diese [Garzas] Erklärung intuitiv, dass man sich, wenn man wirklich antirassistisch sein will, auch gegen alle Formen von Sexismus, Homophobie, Vorurteilen aufgrund der Hautfarbe, Ethnozentrismus, Nativismus, kulturellen Vorurteilen und Klassendenken wenden muss, denn all diese Haltungen verbinden sich mit dem Rassismus und richten im Leben von so vielen großen Schaden an“ (KENDI 2018, 10). Dieser inklusive Ansatz und gerade die Verbindung von BLM mit der LGBT-Bewegung wird von den Kirchenmännern der klassischen Bürgerrechtsbewegung durchaus mit Befremden gesehen, ist zugleich aber heute zentraler Teil der Identität von BLM: „We affirm the lives of Black queer and trans folks, disabled folks, undocumented folks, folks with records, women, and all Black lives along the gender spectrum. Our network centers those who have been marginalized within Black liberation movements“ (BLACK LIVES MATTER 2017).

Ein zweiter Unterschied von BLM zur klassischen Bürgerrechtsbewegung ist ihre Organisations- und insbesondere Führungsstruktur. Während in der klassischen Bürgerrechtsbewegung einzelne Führungsgestalten wie King und Malcolm X, aber auch Ralph Abernathy, Fred Shuttlesworth, Al Sharpton und Jesse Jackson eine faktisch wie medial zentrale Machtposition, im Falle von King und Malcolm X bis hin zu Ansätzen von Personenkult, hatten, kommt BLM weitestgehend ohne charismatische Führungspersonen aus, sondern stellt sich als basisdemokratische Graswurzelorganisation dar. Die Gründerinnen Garza, Cullors und Tometi spielen zwar weiterhin eine aktive Rolle innerhalb der Bewegung, haben aber der Versuchung widerstanden, sich als „Führerinnen der Bewegung“ zu gerieren.

Zugleich werden manche der aktuellen Führungspersonen der klassischen Bürgerrechtsbewegung von den jungen Aktivist:innen von BLM als von der Nähe zur Macht korrumpiert betrach-



tet. Über Al Sharpton etwa, die heute wohl einflussreichste Gestalt der klassischen Bürgerrechtsbewegung, sagt der Politikwissenschaftler Michael Fauntroy: „At some level, he’s co-opted by the government and the administration and his position in terms of big commercial media doesn’t lend itself to the kind of independence you need to lead a movement“ (zitiert nach LASLO 2014). Als Sharpton 2014 seinen „Justice for All“-Marsch begann, kam es zur verbalen Konfrontation mit Gruppen aus dem Umfeld von BLM, weil diese das Gefühl hatten, Sharpton wolle sich an die Spitze der BLM-Bewegung setzen. Die jungen Aktivist:innen von BLM hegen durchaus ein gewisses Misstrauen gegen die Kämpfer von einst, die sich in ihren Augen zu sehr mit den Verhältnissen arrangiert haben: „As demonstrations against police violence have swept the country, a younger generation of protesters has emerged that tends to be suspicious of the Establishment, whether its Establishment cops or Establishment activists“ (LASLO 2014).

Dritter Unterschied sind die genutzten Mittel des Protests. Die klassische Bürgerrechtsbewegung rund um Martin Luther King betonte eine Haltung der strikten Gewaltfreiheit bei ihren direkten Aktionen. Auch wenn King selbst keineswegs schon immer Pazifist war, überzeugte Bayard Rustin ihn von der Philosophie Gandhis. King erkannte das Potenzial strikter Gewaltfreiheit: Die medialen Bilder die zeigten, wie die gewaltfreien Aktivist:innen der Gewalt von Behörden und Mob in den Südstaaten ausgesetzt waren, erzeugten einen massiven Handlungsdruck auf Washington und damit genau das intendierte Ziel Kings.

BLM hingegen ist deutlich offener bei der Wahl der eingesetzten Protestformen – hier kommt neben dem gewaltfreien Erbe Kings auch das radikalere Erbe von Malcolm X und Black Panther Party zum Zuge: „They have formed new coalitions like Tribe X and Lost Voices to demand police accountability, and adopted a protest style that is more disruptive than many older activists are comfortable with. They shout in the faces of police officers and lie down on busy DC or New York bridges. Occasionally, their demonstrations devolve into violence. And their agenda is simpler than Sharpton’s, focused narrowly on the local police forces they accuse of abusing power by shooting indiscriminately“ (LASLO 2014).

Das Verhältnis zwischen „klassischer“ und „neuer“ Bürgerrechtsbewegung ist insofern nicht frei von Spannungen. Gerade die enge Verbindung zur queeren Community und die radikaleren eingesetzten Mittel sorgen dafür, dass BLM zwar einerseits viel zur Mobilisierung der von Diskriminierung unmittelbar betroffenen sozialen Gruppen beiträgt, andererseits auf manche Menschen, die der Sache eigentlich aufgeschlossen gegenüber stehen, abschreckend wirkt.

BLM als perfektes Feindbild für einen weißen „Backlash“

Vor allem aber bildet BLM ein geradezu perfektes Feindbild für jene, die die weitere Emanzipation von Schwarzen mit Sorge sehen oder gar rundheraus ablehnen. Die Tatsache, „dass mit Barack Obama ein Schwarzer die letzte bis dahin nur Weißen vorbehaltene Bastion der amerikanischen Macht – das Weiße Haus – einnahm sowie der öffentlichkeitswirksame Protest der BLM-Bewegung (scheinen) eine neue Welle des white backlash ausgelöst zu haben“ (WALDSCHMIDT-NELSON 2018, 30). Dieser „white backlash“ äußerte sich nicht nur in der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA mit einer kaum verhüllten rassistischen Agenda, sondern auch in einem erneuten Anstieg von rassistischen Gewaltverbrechen in der amerikanischen Gesellschaft. Besonders drastisch zeigte das der Anschlag des 21jährigen „white supremacist“ Dylann Roof 2015 auf die Emanuel African Methodist Episcopal Church in Charleston, South Carolina, dem neun Betende zum Opfer fielen. Mit diesem Anschlag wollte der Täter einen „Rassenkrieg“ provozieren.

Der weiße Backlash zeigt sich auch innerhalb von Teilen der Republikanische Partei, etwa bei der neugewählten Kongressabgeordneten Marjorie Taylor Greene aus Georgia. Sie verlor eine Halbautomatikgewehr aus ihrem eigenen Bestand und schrieb dazu: „Verteidigen Sie Ihre Familie, wenn Black Lives Matter/Antifa-Terroristen vor Ihrer Haustür stehen!“ (zitiert nach ROTH 2020).

Solange medial berichtenswert erscheint, dass die neue Vizepräsidentin Kamala Harris dunkle Hautfarbe hat, so lange ist offensichtlich, dass die USA kein „postethnisches“ oder „postrassistisches“ Land sind. Doch ein genauerer Blick auf die Entwicklung der soziopolitischen und sozioökonomischen Verhältnisse im „Land of hope and dreams“ zeigt noch deutlicher, dass



Rassismus in der Politik und Gesellschaft der USA nach wie vor ein großes Problem ist. BLM tritt engagiert für die weitere Gleichberechtigung von Afroamerikaner:innen ein. Die junge Bewegung trägt damit ohne Frage die Fackel der „klassischen“ Bürgerrechtsbewegung weiter, nimmt aber selbstbewusst das Recht in Anspruch, eigene Schwerpunkte und Akzente zu setzen. Die Masseninhaftierung junger schwarzer Männer und die dramatische Polizeigewalt, die überdurchschnittlich oft Schwarze trifft, legitimiert die Bewegung. Dass es vor allem junge Menschen sind, die sich für Gleichberechtigung, Emanzipation, Antirassismus und Antidiskriminierung einsetzen, ist Grund zu Hoffnung: „Die Zeit wird kommen, in der die Amerikaner erkennen werden, dass das Einzige, was an Schwarzen nicht stimmt, der Gedanke ist, dass etwas mit ihnen nicht stimmt“ (KENDI 2018, 14).

4 Quellenverzeichnis

ALEXANDER, M. (2017): The New Jim Crow. Masseninhaftierung und Rassismus in den USA, Bonn.

BERG, M. (2014): Lynchjustiz in den USA, Hamburg.

BEJARANO, E./HANKES, K. (2020): Intelligence Project Poll on Extremism Shows Divide in How Americans Understand Racism, Reveals Deep Unpopularity of Paramilitary Groups, Southern Poverty Law Center, Montgomery. Internet: <https://www.splcenter.org/hate-watch/2020/11/23/intelligence-project-poll-extremism-shows-divide-how-americans-understand-racism-reveals> (2.12.2020).

BLACK LIVES MATTER (2017): Celebrating Four Years of Organizing to Protect Black Lives. Internet: <https://drive.google.com/open?id=0B0pJEXffvS0uOHdJREJnZ2JJYTA> (02.12.2020).

BLACK LIVES MATTER (2020): Now, We Transform. Video. Internet: <https://blacklivesmatter.com/now-we-transform/> (2.12.2020).

BLACKMON, D. (2008): Slavery by Another Name: The Re-enslavement of Black People in America from the Civil War to World War II, New York.

CBS (2020): One-On-One with Pres. Trump. President on Covid Response, Reelection Fight & Confederate Flag. CBS This Morning, 15.07.2020. Internetvideo: https://youtu.be/V06CvL_iqUs (30.11.2020).

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY (1998): Report of Investigation Concerning Allegations of Connections Between CIA and The Contras in Cocaine Trafficking to the United States (96-0143-IG). Internet: <https://www.cia.gov/library/reports/general-reports-1/cocaine/overview-of-report-of-investigation-2.html> (25.11.2020).

COCKBURN, A./ST. CLAIR, J. (1999): Whiteout: The CIA, Drugs, and the Press, New York.



- GATES, H.L. (2013): Who Designed the March on Washington? Internet: <https://www.pbs.org/wnet/african-americans-many-rivers-to-cross/history/100-amazing-facts/who-designed-the-march-on-washington/> (2.12.2020).
- HILLSTROM, L. C. (2018): Black Lives Matter. From a Moment to a Movement, Greenwood.
- HOLLINGER, D. (2000): Postethnic America. Beyond Multiculturalism, New York.
- HORACE, M. (2020): Schwarz Blau Blut. Ein Cop über Rassismus und Polizeigewalt in den USA, Bonn.
- HUMAN RIGHTS WATCH (2000): Punishment and Prejudice: Racial Disparities in the War on Drugs. HRW Reports, Vol. 12, No. 2. Internet: <https://www.hrw.org/legacy/reports/2000/usa/> (25.11.2020).
- KENDI, I. X. (2017): Grausame Unlogik. Die vielen Farben der Diskriminierung. Ein Gespräch von Christian Staas mit dem US-Historiker Ibram X. Kendi über die lange Geschichte des Rassismus, in: Die Zeit Nr. 52/2017 vom 14.12.2017. Internet: <https://www.zeit.de/2017/52/rassismus-usa-historiker-ibram-x-kendi-interview/komplettansicht> (08.11.2020).
- KENDI, I. X. (2018): Illusion einer postethnischen Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 68. Jg., Nr. 12, S. 7-14.
- KING, M.L. (1963): I Have a Dream. Internet: <https://www.americanrhetoric.com/speeches/mlkihavedream.htm> (15.11.2020).
- KING, M.L. (1968): I've Been to the Mountaintop. Rede am 03.04.1968, Mason Temple, Memphis, Tennessee. Internet: <https://www.americanrhetoric.com/speeches/mlkivebeentothemountaintop.htm> (15.11.2020).
- LASLO, M. (2014): Al Sharpton Is Struggling to Control the 'Black Lives Matter' Movement. Internet: <https://www.vice.com/en/article/znw9y4/al-sharpton-is-struggling-to-control-the-black-lives-matter-movement-1218> (2.12.2020).
- LEPORE, J. (2020): Diese Wahrheiten. Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, 5. Auflage, München.
- MALCOLM X (1964): The Ballot or the Bullet. King Solomon Baptist Church, Detroit, Michigan, 12.04.1964. Internet: <http://americanradioworks.publicradio.org/features/blackspeech/mx.html> (15.11.2020).
- NELLIS, A. (2016): The Color of Justice: Racial and Ethnic Disparity in State Prisons. The Sentencing Project, Washington D.C. Internet: <https://www.sentencingproject.org/publications/color-of-justice-racial-and-ethnic-disparity-in-state-prisons/> (30.11.2020).
- NEW YORK TIMES (2020): With 200,000-Plus Outstanding Ballots, Georgia Remains in Nail-Biting Play. Internet: <https://www.nytimes.com/2020/11/04/us/georgia-presidential-election.html?searchResultPosition=10> (08.11.2020).
- PRISON POLICY INITIATIVE (2020): Mass Incarceration: The Whole Pie 2020. Internet: <https://www.prisonpolicy.org/reports/pie2020.html> (30.11.2020).
- REMNICK, N. (2014): The Civil Rights Act: What JFK, LBJ, Martin Luther King and Malcolm X had to say, Los Angeles Times. Internet: <https://www.latimes.com/nation/la-oe-civil-rights-quotes-20140629-story.html> (2.12.2020).



ROTH, J. (2020): In der Echokammer der Trump-Anhänger, in: Die Zeit, 12.11.2020. Internet: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-11/parler-donald-trump-untersuetzer-plattform-facebook-twitter-fake-news/komplettansicht> (15.11.2020).

WALDSCHMIDT-NELSON, B. (2018): Traum oder Albtraum? Das Erbe von Martin Luther King Jr., in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 68. Jg., Nr. 12, S. 23-30.

WEBB, G. (1998): Dark alliance: the CIA, the Contras, and the crack cocaine explosion, New York.

WASHINGTON POST (2020): Fatal Force. 994 people have been shot and killed by police in the past year. Internet: <https://www.washingtonpost.com/graphics/investigations/police-shootings-database/> (30.11.2020).